

10 China und Singapur wieder im Gespräch

Am Rande des zehnten ASEAN-Treffens in Laos ist es zu einem Gespräch zwischen Wen Jiabao und Singapurs Premier Lee Hsien Loong gekommen; nach dem Treffen von Hu Jintao und Lee in Santiago ein weiteres Zeichen für die Erwärmung des Klimas, das nach einer privaten Visite Lees in Taiwan im Juli (damals noch als stellvertretender Premier) frostig geworden war. Als Reaktion hatte Beijing einige bilaterale Programme ausgesetzt, und gewarnt, die Verhandlungen über die geplante Freihandelszone könnten über diese Frage ins Stocken geraten. Nachdem Singapurs Premier in den Gesprächen mit Hu und Wen aber mit einem deutlichen Bekenntnis zur Ein-China-Politik Abbitte geleistet hat, gilt die Verstimmung als weitgehend überwunden. Die vorbereitenden Verhandlungen zwischen China und den 10 ASEAN-Mitgliedsländern über die für 2010 geplante Errichtung einer Freihandelszone werden im Zentrum des diesjährigen Treffens stehen.

Wen vertritt China in Laos beim achten Gipfel zwischen der ASEAN und China, beim ASEAN+3-Treffen (mit Japan und Südkorea) sowie beim sechsten Dreiergipfeltreffen von Japan, Südkorea und China. (ST, nach BBC EF, 29.11.04; ST, 22., 29.11.04; XNA, 29.11.04) -mb-

Innenpolitik

11 Schärfere Medienkontrolle und Pläne zur Reformierung des Petitionssystems als Reaktion auf gesellschaftliche Unruhen

Die internationale Presse meldete auch im Verlauf des Novembers mehrere soziale Unruhen und Gewaltkonflikte in unterschiedlichen Regionen Chinas. Wie schon im Vormonat wurden die vielfältigsten Konfliktursachen genannt, und über den genauen Hergang der Proteste gab es wiederum die unterschiedlichsten Angaben (vgl. C.a., 2004/10, Ü 12). Im November zählten zu den teilweise kleine-

ren Unruheherden die Städte Hohot (Autonome Region Innere Mongolei), Wenzhou (Provinz Zhejiang), Nanjing (Provinz Jiangsu), Shenzhen und Guangzhou (Provinz Guangdong). Erneut handelte es sich dabei vornehmlich um ein Aufbegehren gegen Willkürakte lokaler Behörden, um Partikularinteressen durchzusetzen. Bei der Befriedung sahen sich lokale Autoritäten partiell mit dem Widerstand der Bevölkerung konfrontiert. Die parteistaatliche Führung reagierte auf die Unruhen im Oktober und November einerseits mit Initiativen zur Beseitigung einzelner angeprangerter Missstände. Andererseits verstärkte sie die Medienkontrolle über die Berichterstattung und stellte Überlegungen an, das Petitionssystem, welches in den letzten Jahren als bevorzugtes Mittel zur Äußerung von Kritik an Missständen diente, zu reformieren.

Medienberichten zufolge sollen Ende Oktober in Hohot Studenten der größten Universitäten in der Inneren Mongolei daran gehindert worden sein, ein Rockkonzert einer bekannten Musikgruppe zu hören, die sich gegen die Privatisierung des Dschingis Khan-Mausoleums, eines Symbols der nationalen Identität der Mongolen, einsetzten. Zahlreiche Studenten wurden als Sympathisanten der Band verhaftet und in Gewahrsam genommen. Im ostchinesischen Wenzhou und südchinesischen Guangzhou kam es Anfang bzw. Mitte November zu Übergriffen der örtlichen Polizei gegen mehrere hundert Arbeiter, die für die Auszahlung ausstehender Löhne demonstrierten. Im ostchinesischen Nanjing richteten sich die Proteste von mehr als 500 Fabrikarbeitern gegen die Privatisierung ihres Unternehmens, weil diese wahrscheinlich mit einem Stellenabbau einhergehen wird. Von einem ähnlich motivierten Zwischenfall mit Hunderten Beteiligten im südchinesischen Shenzhen wurde Ende November berichtet. Im südchinesischen Guangzhou soll es nach Medienberichten aus Singapur vom 10. November zu gewaltsamen Unruhen gekommen sein, bei denen lokale Sicherheitskräfte mit etwa 70 Angehörigen der Bevölkerungsgruppe der muslimischen Uighuren zusammengestoßen sein sollen. Als Grund für die Übergriffe wurde die Verhaftung eines uighurischen Händlers genannt, der Lammfleisch illegal

verkauft hatte. In der Folge sei ein Kampf zwischen beiden Parteien entbrannt, bei dem es zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten gab.

Als Reaktion auf die z.T. schweren Unruhen der letzten beiden Monate ergriff die chinesische Parteiführung unterschiedliche Maßnahmen. Im Falle der Unruhen in Sichuan im vergangenen Oktober, die auf Zwangsumsiedlungen von Bauern und unzureichende Entschädigungszahlungen zurückzuführen waren, wurden im November zwei lokale Verantwortliche suspendiert. Weiterhin verpflichtete die Zentralregierung die lokalen Behörden per Dekret, die Meinung der Massen anzuhören und die Interessen der Betroffenen zu wahren. Ferner berichteten Staatsmedien, dass die Zentralregierung neue Vorschriften zur Kompensation von Zwangsentweignungen veröffentlicht habe. Demnach sollen die Entschädigungszahlungen von der Parteiführung auf die bis zu dreißigfache Höhe des durchschnittlichen Ertrags des Ackerlandes festgelegt worden sein. Die Notwendigkeit für stärkere Kontrollen der illegalen Landvergabe und der missbräuchlichen Nutzung von Ackerland wurden auf der Konferenz zur Reform der strikteren Landnutzung des Staatsrats am 28. Oktober von Ministerpräsident Wen Jiabao nochmals bekräftigt. Am 8. November veröffentlichte das Ministerium für Land und Ressourcen (*Guotu ziyuan bu*) daraufhin eine neue Bestimmung, wonach der städtischen Bevölkerung der Kauf von Bauland für Eigenheime untersagt ist. Bereits anlässlich der Tagung des X. Nationalen Volkskongresses im März d.J. hatte Wen Jiabao nachdrücklich ein strikteres System zum Schutz von Ackerland und gegen dessen illegale Nutzung gefordert (vgl. C.a., 2004/3, Ü 14). Im Mai folgte die Ankündigung des stellvertretenden Leiters des Bauministeriums (*Jianshe bu*), Qian Baixing, weitere Maßnahmen im Zuge der Regierungskampagne gegen illegale und exzessive Landnutzung insbesondere für industrielle Projekte zu unterstützen (vgl. C.a., 2004/5, Ü 12).

Während die angeführten Maßnahmen direkt auf die Beseitigung einzelner Konfliktursachen zielen, um die Interessen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen gemäß der politischen Programmatik zu wahren, deuten an-

dere vielmehr auf einen Versuch, dem für die Parteiführung besorgniserregenden Ausmaß der Protestaktionen durch restriktive Medienkontrolle Einhalt zu gebieten. Zumal den Medien wegen ihrer umfangreichen Berichterstattung der Vorwurf gemacht wird, zu dem großen Ausmaß der sozialen Unruhen beigetragen zu haben. Insbesondere Hongkonger Medien ernteten scharfe Kritik. So warf ihnen beispielsweise der Parteisekretär des benachbarten Guangzhou, Lin Shusen, vor, nicht nur als Einzige über Ausschreitungen in Jieyang in der Provinz Guangdong berichtet zu haben, die sich wegen zu hoher Mautgebühren entzündet hatten. Vielmehr seien ihre Meldungen darüber hinaus vollkommen unglaubwürdig. Mitte November forderte die Propagandaabteilung des ZK die Propagandaabteilungen auf lokaler Ebene dazu auf, für eine striktere Medienkontrolle zu sorgen. So soll es Printmedien zukünftig untersagt sein, ohne Befugnis über Streiks, Proteste oder soziale Unruhen zu berichten. Als einzig autorisiertes Medium hob die Propagandaabteilung die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua hervor.

Einen weiteren Ansatzpunkt zur Eindämmung von Protesten scheint für die zentralstaatliche Parteiführung die Reformierung des Petitionssystems darzustellen. Die Zahl der eingereichten Petitionen war in den vergangenen Jahren enorm angestiegen, um auf diese Weise bei zentralen Regierungsstellen wegen lokaler Missstände wie Korruption Recht zu suchen. So sollen beim Obersten Gerichtshof in Beijing im letzten Jahr allein 120.000 Petitionen eingegangen sein, beim Petitionsbüro des Staatsrats belief sich die Zahl auf 500.000 und landesweit sollen bei sämtlichen Gerichten der VR China insgesamt rund 4 Mio. Petitionen eingereicht worden sein. Nach einer Studie zu den Petitionen von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) bedeutet dies allein für das Petitionsbüro des Staatsrats im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 41%. Oftmals war das Einreichen von Gesuchen auch mit einer Reise der Bittsteller nach Beijing verbunden, um vor Ort auf ihr Anliegen mit unterschiedlichsten Aktionen aufmerksam zu machen. So wurde sogar über so drastische Mit-

tel wie Selbstverbrennung berichtet. Da dem Ausbruch von lokalen gesellschaftlichen Unruhen zumeist Unzufriedenheit mit der unzureichenden oder fehlenden Bearbeitung von zuvor eingereichten Petitionen vorausging, macht die parteistaatliche Führung nun vor allem lokale Behörden für die steigende Zahl an Petitionen, die bei zentralen Regierungsstellen eingereicht werden, verantwortlich. Denn lokale Behörden würden zur Lösung der Probleme vor Ort augenscheinlich kaum beitragen, so Zhou Zhanshun, Direktor des Petitionsbüros des Staatsrats. Nach Medienberichten verfolgt die parteistaatliche Führung deshalb mit der Reformierung des Petitionssystems das Ziel, Lokalverwaltungen mehr Verantwortung für die Lösung der angeprangerten Ungerechtigkeiten zu übertragen, um zentrale Regierungsstellen zu entlasten. Des Weiteren soll mit der Etablierung von fünf verschiedenen Abteilungen sichergestellt werden, dass die Beschwerden unterteilt nach Thematiken ausgewertet und beantwortet werden.

Sollte das Vorhaben, die größte Verantwortung an lokale Behörden abzugeben, tatsächlich umgesetzt werden, dürfte es sich dabei wohl nur um eine Verschiebung der Zuständigkeiten handeln; obgleich die Zentralregierung darum bemüht ist, den Eindruck zu erwecken, gezielter und verantwortungsbewusster mit den vorgebrachten Beschwerden umgehen zu wollen. Die eigentliche Ursache für die unzureichende Bearbeitung der Gesuche, der den Unmut der Bittsteller immer weiter schüren wird, bliebe damit weiter bestehen, zumal sich die Petitionen vorrangig mit Konflikten mit eben diesen Lokalbehörden beschäftigen. (XNA, 28.10.04, nach BBC PF, 5.11.04; WSJ, 2., 5.11.04; ST, 3., 8., 9., 10., 11., 23.11.04; Humanities and Social Sciences online, <http://hnet.msu.edu/~asia>; RTHK, Radio 3, 9.11.04, nach BBC PF, 10.11.04; *The Standard*, 10.11.04, nach BBC PF, 11.11.04; FT, 17.11.04; FAZ, 27.11.04; SCMP, 24.11.04, nach BBC PF, 25.11.04; SCMP, 16., 17., 19., 24., 30.11., 3.12.04; *Ming Bao* website, 14.11.04, nach BBC PF, 20.11.04)

-kw-

12 Änderung der Gesetzgebung für Todesstrafe geplant

Wie chinesischen Medienberichten zu entnehmen war, haben die Überlegungen zu einer Änderung des Strafprozessgesetzes in den letzten Monaten nun konkretere Formen angenommen. Anlässlich der Jahrestagung der chinesischen Anwaltskammer im südchinesischen Guangzhou (Provinz Guangdong) im Oktober d.J. verkündete der Vizepräsident des Obersten Volksgerichtshofes der VR China, des höchsten Rechtssprechungsorgans des Staates, Huang Songyou, dass die Änderung des Strafprozessgesetzes noch in dieser Legislaturperiode des X. Nationalen Volkskongresses angestrebt wird. Konkret geht es dabei um eine Reform des Berufungsverfahrens bei der Verhängung der Todesstrafe. In Zukunft solle der Oberste Volksgerichtshof in Beijing die letzte Instanz zur Überprüfung der von lokalen Volksgerichtshöfen erlassenen Todesurteile sein.

Die bereits seit zwei Jahren andauernde Diskussion um die Änderung des Strafprozessrechts in Hinblick auf ein angemessenes Ausmaß der Verhängung der Todesstrafe (vgl. C.a., 2002/7, Ü 16) bekam im Zuge der Verfassungsänderung im März d.J. neuen Auftrieb. Zeitgleich mit der rhetorischen Beteuerung des Schutzes der Menschenrechte gab die parteistaatliche Führung bekannt, dass sie die Praxis der exzessiven Hinrichtungen überdenke. So soll Luo Gan, Leiter der ZK-Kommission für Politik und Recht, den Justizapparat in einer internen Direktive angewiesen haben, die Zahl der Todesurteile zu reduzieren. Juristen fügten an, dass die Partei eine restriktivere und einheitlichere Verhängung der Todesstrafe anstreben sollte, denn vor allem interregional seien gravierende Unterschiede zu beobachten (vgl. Heike Holbig, „Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteienherrschaft? Die Verfassungsänderungen vom März 2004“, in: C.a., 2004/3, S.259-274). Für die exzessive Hinrichtungspraxis steht die chinesische Regierung bereits seit Jahren im Kreuzfeuer der Kritik von internationalen Menschenrechtsorganisationen. Nach Angaben von Amnesty International wurden im Jahr 2003 mit 726 Vollstreckungen fast zwei Drittel der

weltweit registrierten Exekutionen in China durchgeführt.

Die jüngsten Aussagen des Vizepräsidenten des Obersten Volksgerichtshofes weisen somit auf die bevorstehende Umsetzung der Regierungspläne hin. Als Grund für die Änderung des Strafprozessgesetzes verwies Huang auf die Unterzeichnung der Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie der Internationalen Konvention über staatsbürgerliche und politische Rechte im Jahr 1996. Außerdem verpflichtete die Aufnahme des Verfassungszusatzes zu den Menschenrechten in Artikel 33 – dem Absatz zu den Rechten und Pflichten der Bürger –, die im Zuge der jüngsten Verfassungsänderung im März vollzogen wurde, zur Überarbeitung des Strafprozessgesetzes. Dieses besteht in seiner jetzigen Form seit 1996. In der neuen Verfassung wurde nun erstmalig der Begriff „Menschenrechte“ (*renquan*) in die Terminologie aufgenommen. Im neu eingefügten Absatz heißt es: „Der Staat respektiert und schützt die Menschenrechte“ (*Guojia zunzhong he baohu renquan*).

Zwar sieht das jetzige Strafprozessgesetz bereits eine Überprüfung jedes einzelnen Todesurteils durch den Obersten Volksgerichtshof in Beijing vor, um Missbrauch zu vermeiden. Allerdings übertrug die Legislative aufgrund der begrenzten Zahl an Richtern bei gleichzeitiger Zunahme an Kapitaldelikten dieses Recht zur Überprüfung von Todesurteilen bei Verbrechen wie Tötungsdelikten und Brandstiftung 1983 durch eine Reihe von Erlassen den Oberen Volksgerichten auf Provinzebene, in Autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten. Einzelne Provinzgerichte, wie z.B. in Yunnan und Guangdong, wurden darüber hinaus legitimiert, Todesstrafen bei Drogendelikten zu verhängen. Auf diese Weise besteht unter der derzeitigen Gesetzgebung bislang erstens keine einheitliche Vorgabe zur Verhängung der Todesstrafe und zweitens sind Provinzgerichte autorisiert ihre eigenen Urteile zu überprüfen. Das Vorhaben, dem Obersten Volksgerichtshof in Beijing das Monopol zur Überprüfung von Todesurteilen zuzusprechen, gibt dem Wert eines Strafgesetzes eine neue Dimension: Das Recht auf Leben soll respektiert und die Verhängung und der

Vollzug von Todesurteilen soll nur unter Vorbehalt erfolgen.

Nach Angaben der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* wurden die Änderungsvorschläge einer Expertengruppe für das Strafprozessrecht dem Obersten Volksgerichtshof übermittelt. Dieser wird den neuen Entwurf wiederum dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses zur abschließenden Genehmigung vorlegen. Der Expertengruppe gehörten u.a. Rechtsgelehrte verschiedener chinesischer Universitäten an. (RMRB online, 13.10.04; CD, 9.11.04; BBC News Asia-Pacific website, 29.11.04; SCMP, 30.11., 6.12.04) -kw-

13 Neue Impulse für die Entwicklung der Westprovinzen

Anlässlich des zweitägigen Forums zur Entwicklung Westchinas, das am 18. und 19. November in der südchinesischen Stadt Nanning, Provinz Guangxi, abgehalten wurde, bewerteten Experten und Politiker die Fortschritte in der Entwicklung der Westprovinzen seit der Initiierung der Strategie zur Entwicklung Westchinas 1999, identifizierten eine Reihe von zukünftig vordringlich zu lösenden Problemen und gaben neue Impulse für die weitere Implementierung der Westpolitik.

Zeng Peiyan, Mitglied des Politbüros der KPCh und stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, fasste in seiner Eröffnungsrede die Errungenschaften der Westpolitik in den vergangenen fünf Jahren zusammen und wagte ferner einen Ausblick auf die zukünftigen Projekte. Seit der Initiierung der Strategie zur Entwicklung Westchinas 1999 seien folgende Leistungen festzuhalten: Infrastrukturprojekte, wie beispielsweise die Eisenbahnlinie von Qinghai nach Tibet, seien erfolgreich realisiert worden; ökologische Projekte, wie die Umwandlung von Ackerland in Gras- und Waldflächen, hätten dazu beigetragen, die Schäden von Sandstürmen zu verringern; die Verbreitung von ländlicher Infrastruktur wie Strom- und Wasserversorgung habe die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung verbessert und die Integration von Schlüsselindustrien Westchinas in den nationalen Markt sei erfolgreich realisiert worden.

Darüber hinaus bekräftigte Zeng, dass die Umsetzung der Westchina-Entwicklungsstrategie auch in Zukunft weiter forciert würde, indem die Intensität der staatlichen Unterstützung unverändert bleibe und das Tempo der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Westprovinzen nicht verlangsamt werde. Für die nächsten Jahre nannte er außerdem fünf Ziele als unerlässlich: Er forderte erstens, dass bis 2010 ein Durchbruch bei der Entwicklung der Infrastruktur und dem Umweltschutz erzielt werden müsse. Zweitens müssten die „drei ländlichen Probleme“ (*sannong wenti*: *nongye*/Landwirtschaft, *nongcun*/ländliche Gebiete und *nongmin*/Bauern) vorrangig gelöst werden. Drittens seien verstärkt grundsätzliche Verbesserungen im sozialen Bereich, wie die Armutsbekämpfung, die Sicherung von Bildung und Gesundheitsfürsorge, anzustreben. Viertens sei die Etablierung von Schlüsselindustrien mit lokalen Charakteristiken voranzutreiben. Die Reform und Öffnung der Westgebiete durch strukturelle Innovationen, Kooperationen zwischen Ost- und Westchina und die Öffnung für Auslandsinvestitionen nannte Zeng als letzte wichtige Zukunftsperspektive.

Während Zengs Ausführungen grundsätzlich wenig von den bisher geäußerten Plänen zur Entwicklung Westchinas abweichen (vgl. Schüler/Kriete, „Entwicklung Westchinas – Visionen und Realisierungschancen“, in: C.a., 2002/10, S.1139-1155), hoben Experten der Landwirtschaft, wie beispielsweise der stellvertretende Landwirtschaftsminister, Zhang Baowen, und Lin Yueqin von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften (CASS), als Schlagwort für die Entwicklung Westchinas die „Nachhaltigkeit“ hervor. Demnach könnten nur solche Initiativen, die nachhaltige Entwicklungen anstoßen würden, zur weiteren erfolgreichen Umsetzung der Westchina-Strategie beitragen.

Parallel zum Forum zur Entwicklung Westchinas in Nanning fanden in Beijing am 17. November Gespräche zwischen der Führungsebene der Volksbefreiungsarmee (VBA) und Mitgliedern der „Leading Group for the Peoples Liberation Armees Participation in and Support for Developing the West“ über den Bei-

trag der VBA zur Implementierung der Westchina-Entwicklungsstrategie statt. Cao Gangchun, Politbüromitglied, stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission und Verteidigungsminister, bezeichnete die Unterstützung der VBA als neue Herausforderung und neuen Weg für die Regionen übergreifende wirtschaftliche Entwicklung. Ihre vor allem in Westchina stationierten Einheiten rief er dazu auf, die Qualität und Effizienz ihrer Arbeit zu verbessern, um diese Zielvorgabe erreichen zu können. Die Integration ihrer Arbeit in die Westchina-Entwicklungsstrategie habe höchste Priorität.

Von einem weiteren neuen Ansatzpunkt zur Umsetzung der Strategie zur Entwicklung der Westprovinzen berichteten Hongkonger Medien. Demnach erwägt die chinesische Zentralregierung, Kashgar als westlichste Stadt der Autonomen Region Xinjiang zum Transportzentrum in Zentralasien zu entwickeln. Dies könnte der nächsten Phase der Entwicklungsstrategie neue Impulse geben. Als wichtiger Teil im 11. Fünfjahresplan (2006-2010), in welchem regionaler Stabilität, Energie und Investitionen besondere Priorität eingeräumt werden sollen, spielt dieser Plan eine besondere Rolle. Vordergründig soll die regionale Integration durch bessere Verkehrsanbindung verbessert werden, damit der angestrebten Forcierung von Handel und Tourismus zumindest keine infrastrukturellen Hindernisse mehr im Wege stehen. Zugleich werden ökonomische Prosperität und Öffnung nach außen von der parteistaatlichen Führung aber auch als probates Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus, separatistischer Bestrebungen und religiösen Extremismus in Xinjiang angesehen, so ein Artikel der *Sunday Morning Post*. Dies weist auf eine Verzahnung unterschiedlicher Interessen hin. So könnte die vermeintliche Maßnahme im Rahmen der Entwicklung Westchinas in Wirklichkeit vor allem der Befriedung der uighurischen Autonomen Region Xinjiang dienen (vgl. C.a., 2000/9, Ü 18; 2001/11, Ü 8; Patricia von Hahn, „Zwischen Widerstand und Konformität – Zur Diversität uighurischer Identität in Xinjiang drei Jahre nach dem 11. September“, in: C.a., 2004/9, S.991-1004, hier S.996f.). (Xinhua, 17.,

18.11.04, nach BBC PF, 24., 18.11.04; CD, 19.11.04; *Sunday Morning Post*, Hongkong, 21.11.04) -kw-

14 Freilassung Liu Jingshengs

Liu Jingsheng, engagierter Regimekritiker und Mitbegründer der „Partei für Freiheit und Demokratie Chinas“, wurde am 27. November wegen gesundheitlicher Probleme nach 12 Jahren vorzeitig aus der Haft entlassen. Liu war 1992 inhaftiert und zwei Jahre später zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden.

Der 50-jährige Liu Jingsheng arbeitete als Busfahrer, bevor er Ende der 1970er Jahre politisch aktiv wurde. Zusammen mit dem bekannten chinesischen Dissidenten Wei Jingsheng gab er die Untergrundzeitschrift *Tansuo* (Erforschung) heraus und beteiligte sich engagiert an der Bewegung zur „Mauer der Demokratie“. 1992 verhaftete man ihn als einen der „Beijing Fifteen“, der größten Gruppe von Gewerkschafts- und Demokratieaktivisten seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989. Wegen der Mitgliedschaft in konterrevolutionären Organisationen wie der Progressiven Allianz Chinas, der Liberaldemokratischen Partei Chinas, und der Freien Gewerkschaft Chinas wurde er 1994 zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Diese Strafe wurde wegen konterrevolutionärer Subversion um acht weitere Jahre erhöht und dann insgesamt auf 15 Jahre Freiheitsentzug festgesetzt. Trotz seiner Freilassung bleibt er in der Ausübung seiner politischen Rechte und seiner Redefreiheit für die nächsten vier Jahre beschränkt.

Vor der Nachricht über Liu Jingshengs Freilassung meldeten die Medien, dass die lebenslange Haftstrafe des regierungskritischen Journalisten Wu Shishen, der 1993 wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen zu Freiheitsentzug verurteilt worden war, aufgehoben wurde und er voraussichtlich im Juli 2005 nach 13 Jahren Haft freigelassen wird. Beide Fälle könnten als versöhnliche Geste in Richtung der internationalen Gemeinschaft gewertet werden, damit der Druck auf die chinesische Regierung wegen der Inhaftierung von Dissidenten nachlässt. Für diese These spricht die Tatsache, dass

Liu Jingsheng tatsächlich auf der Liste von Gefangenen der Europäischen Union war, für deren Freilassung sie sich einsetzte. Auch könnte mit dieser versöhnlichen Geste intendiert sein, die Aufhebung des Waffenembargos, das nach der Niederschlagung der Studentenproteste 1989 durch die Europäische Union verhängt worden war, zu befördern. (BBC News Asia-Pacific web site, 27.11.04; Reporters without Border, http://www.rsf.org/print.php3?id_article=11910; Reporters Sans Frontiers press release, 23.11.04, nach BBC PF, 25.11.04; WSJ, 20., 22.11.04; RTHK, Radio 3, 27.11.04, nach BBC, 28.11.04; <http://www.pen.org/freedom/hm/liu.htm>; Committee to Protect Journalist press release, 20.11.04, nach BBC PF, 2.12.04) -kw-

15 Grünes Licht für Staudammprojekt in Yunnan

Die Arbeiten am umstrittenen Staudammprojekt in der südwestchinesischen Provinz Yunnan werden nach einem Bericht der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* Anfang 2005 beginnen.

Das Projekt sah ursprünglich den Bau von 13 Dämmen im Fluss Nu (Nujiang) vor, einem der letzten frei fließenden Flüsse in der VR China. Damit könnten mehr als 103 Mrd. Kilowatt Strom produziert werden. Von der Provinz- sowie von Lokalregierungen wurde und wird die Maßnahme vornehmlich als geeignetes Armutsbekämpfungsprojekt vermarktet, welches vor allem für die von Armut betroffene Verwaltung im Bezirk Nujiang größte Bedeutung hat. Gegen die zu erwartende Umweltzerstörung regte sich jedoch heftiger Widerstand. So hatten im Juni d.J. in einer beispiellosen Aktion grüne Nichtregierungsorganisationen (NRO) ihre Kräfte vereint, um gegen die Baupläne vorzugehen (vgl. C.a., 2004/6, Ü 15). Die Umweltaktivisten wiesen darauf hin, dass der Bau von Staudämmen die Vielfalt der Pflanzen- und Tierwelt am Nujiang nachhaltig zerstören würde und die Umsiedlung von Tausenden Menschen, wovon die meisten Angehörige der 22 ethnischen Minderheiten in Yunnan sind, nötig werden lasse. Außerdem sei der Oberlauf des Nu-

jiang zum Weltkulturerbe erklärt worden. Die betroffenen Nachbarstaaten am Unterlauf des Flusses, Myanmar und Thailand, hatten ebenso größte Bedenken gegen das Bauprojekt geäußert.

Dem Bericht zur Folge entschied sich die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform (State Development and Reform Commission, SDRC) nach Überprüfung der möglichen Umweltschäden für die Realisierung des Staudammprojekts – allerdings in abgeschwächter Form: Statt der vorgesehenen 13 Dämme sollen nun nur vier errichtet werden. Die Einwände der Umweltaktivisten fanden somit kaum Beachtung. Ministerpräsident Wen Jiabao habe der Entscheidung der Kommission zugestimmt. Die forcierte Energiegewinnung durch Wasserkraft sei ein wichtiger Bestandteil der Entwicklungsstrategie Chinas für die kommenden Jahre und könne vor allem die Luftverschmutzung durch die Kohlekraftwerke verringern; dem Staudammprojekt in der Provinz Yunnan falle dabei eine Schlüsselrolle zu, so die Begründung der Kommission.

Die diesbezüglichen Artikel in der staatlichen Presse betonten neben der Bedeutung von Wasserkraft für die Energieversorgung ebenfalls den Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung in den Armutsgemeinden. Es dürfte jedoch bezweifelt werden, ob diese Begründung die tatsächliche Intention widerspiegelt. Dass auf den Umweltschutz von Seiten der parteistaatlichen Führung trotz dieser Entscheidung durchaus Wert gelegt wird, zeigte nicht nur die Entlassung mehrerer Funktionäre in Chengdu (Provinz Sichuan) im Juli d.J., sondern auch der jüngste Gesetzesentwurf zum Schutz von Naturreservaten. (SCMP, 2.11.04; CD, 30.10., 24.11.04; *China Business Weekly*, 16.11.04; XNA, 16.11.04) -kw-

16 Bei Minenunglück in Shaanxi sterben 166 Bergarbeiter

Nachdem bereits im Vormonat über das bisher schwerste Grubenunglück in einem chinesischen Kohlebergwerk in Henan und die nachfolgenden Anstrengungen zur Verbesserung der Produktionssicherheit berichtet wurde (vgl. C.a., 2004/9, Ü 17), reißen die

Meldungen über ähnliche Arbeitsunfälle nicht ab. Beim jüngsten Minenunglück im November wurde die Zahl der Toten nochmals gesteigert. Bereits zwei Jahre zuvor, im April 2001, hatte diese Grube Schlagzeilen gemacht, als bei einer Gasexplosion 38 Menschen ums Leben kamen.

Am 28. November wurden bei der jüngsten Gasexplosion im staatlichen Chenjiashan-Kohlebergwerk in Tongchuan in der zentralchinesischen Provinz Shaanxi 166 Bergleute verschüttet. Zum Zeitpunkt des Unglücks arbeiteten 293 Bergleute unter Tage, 127 konnten lebend gerettet werden, davon mussten 41 mit z.T. schwersten Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Nach mehrtägigen erfolglosen Rettungsarbeiten wurde am 1. Dezember der Tod aller 166 Verschütteten bestätigt. Somit handelt es sich um das schwerste Grubenunglück seit Jahren, denn selbst bei der Gasexplosion im Daping-Kohlebergwerk in Henan im Oktober lag die Zahl der Verunglückten nach neuesten Angaben mit 148 noch darunter.

Auch diesmal bemühte sich die parteistaatliche Führung um rasche und lückenlose Aufklärung der Unfallursache und entsandte zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe des Staatsrats zum Unfallort. Ferner wies sie alle Kohleminen in der Provinz Shaanxi an, die Kohleförderung sofort einzustellen und sich zunächst einer Sicherheitsprüfung zu unterziehen. Zwei Wochen vor dem Unglück hatte Ministerpräsident Wen Jiabao die „Bestimmungen zur Überwachung der Arbeitssicherheit“ unterzeichnet, die am 1. Dezember in Kraft treten sollen. Diese regeln die Verantwortlichkeit für die Sicherheitskontrollen und geben Vorgaben zu deren Umsetzung.

Brisanz birgt das jüngste Grubenunglück vor allem deshalb, weil eine Woche vor dem Unfall nach Feuern und kleineren Explosionen bereits Sicherheitsmängel in der Mine beanstandet worden waren und die Bergarbeiter aber dennoch gegen ihren Willen in die Grube einfahren mussten. Dementsprechend entlud sich nach der offiziellen Bekanntgabe der Todeszahl der Zorn der Angehörigen, als Hunderte Betroffene am 1. Dezember ein Regierungsgebäude in der Stadt Miaowan stürmten und dort

Fenster und Einrichtungsgegenstände zerstörten. (XNA, 28., 29., 30.11.04; *Zhongguo Xinwen She*, 28.11.04, nach BBC PF, 29.11.04; FAZ, 29.11.04; *Spiegel* online, 29., 30.11.04; SCMP, 29.11., 1., 2.12.04; RMRB, 15.11.04; RMRB online, 1.12.04; Xinhua, 14.11., 1.12.04, nach BBC PF, 16.11., 2.12.04; RTHK, Radio 3, 1.12.04, nach BBC PF, 2.12.04) -kw-

17 Flugzeugabsturz in der Inneren Mongolei fordert 55 Todesopfer

Eine Passagiermaschine der China Eastern Airlines vom Typ CRJ-200 stürzte am Morgen des 21. November auf seinem Flug von Baotou (Innere Mongolei) nach Shanghai kurz nach dem Start in einen See im nahegelegenen Nanhai-Park. Dabei starben sämtliche 47 Passagiere, sechs Besatzungsmitglieder sowie zwei Mitarbeiter des Parks.

Wie Augenzeugen berichteten, explodierte das Flugzeug in der Luft und zerbrach in zwei Teile. Durch den Aufprall wurde ein am See liegendes Haus und mehrere Boote zerstört. Die parteistaatliche Führung entsandte unverzüglich eine Untersuchungskommission. Doch trotz der Decodierung der Blackbox blieb die Unfallursache ungeklärt. Die Fluglinie kündigte unterdessen die Auszahlung eines Schmerzensgeldes von jeweils 211.000 Yuan für die Hinterbliebenen an.

Der letzte Flugzeugabsturz liegt erst zwei Jahre zurück. Im Mai 2002 starben beim Absturz einer Maschine der China Northern Airlines vor der nordostchinesischen Küste 112 Insassen (vgl. C.a., 2002/5, Ü 15). (FAZ online, 21.11.04; NZZ online, 21.11.04; Xinhua, 21.11.04, nach BBC PF, 23.11.04; CD, 22.11.04; XNA, 27., 28.11.04) -kw-